



## Artikel

<b>Es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen</b>	Seite 1
<b>Die Renaissance der Börsenumsatzsteuer</b>	Seite 2
<b>Cum-Ex Geschäfte kriminelle Energie</b>	Seite 3
<b>Aus 2 mach 8 moderne Sklavenhaltung</b>	Seite 4
<b>Woher nehmen und nicht stehlen?</b>	Seite 5
<b>Muss man hirntot sein, um AfD zu wählen?</b>	Seite 6

15. Februar 2020

# Es gibt keinen Grund sich zurückzulehnen! Eher zum Widerstand gegen rechts

Jetzt hat es auch die CDU erwischt - AKK ist zurückgetreten. Was für andere Parteien möglicherweise ein Grund zum Jubeln ist, ist für unsere Demokratie ein sehr schlechtes Zeichen. Zeigt es doch, dass demokratische Parteien auf die Taktik der Rechtsradikalen hereingefallen sind.

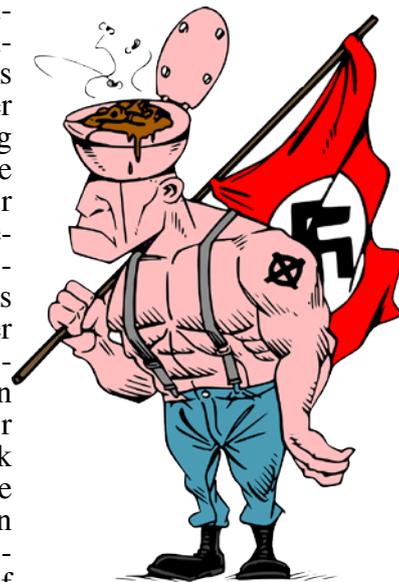
Beileibe kein Grund, sich entspannt zurückzulegen. Noch nie nach 1945 war unsere Demokratie so gefährdet wie jetzt. Vergleiche zu ziehen mit vergangenen Beispielen deutscher Geschichte ist in den meisten Fällen kaum möglich. Es gibt allerdings einen Punkt, der das möglich macht. Betrachten wir die deutsche Historie, dann fällt auf, dass es 1932/33 zum Ende der Weimarer Republik ähnliche Entwicklungen gab, die dann zur Diktatur der NSDAP führten mit allen Folgen und Konsequenzen für uns alle auf der Welt. Fehlendes Gespür, für die Gefahr eines rechtsradikalen Umsturzversuches machten die demokratischen Parteien der Weimarer Zeit fast wehrlos gegen die Umtriebe der Nazis.

Die Demokraten der Weimarer Republik verfügten über keine Erfahrung im Bereich der Demokratie, weil nach dem Ende des ersten Weltkrieges und dem Untergang des

alten feudalen Kaiserreiches sofort der Sprung ins kalte Wasser eines Demokratieversuchs in der nachkaiserlichen Weimarer Republik folgte. Die damaligen Extremkräfte auf der linken und auf der rechten Seite gruben erfolgreich am demokratischen Versuch Weimar, nur dass sich die rechtsextremen Kräfte erfolgreicher der Schwächen einer Demokratie bedienten und dann zu-

sammen als Harzburger Front den Weg in die Katastrophe bereiteten.

Zwar sind wir heute gottseidank noch weit entfernt von solch einer Situation, aber Rassisten, Faschisten und rechtsradikale Populisten wie die AfD arbeiten schon kräftig in diese Richtung. Jetzt kommt es darauf an, dass demokratische Parteien gegen diese Neonazis zusammenhalten und auf demokratische Art und Weise diesem Spuk entgegentreten. Es wird Zeit, dass wir uns gegen diese Dumpfbacken wehren, denn von selbst geht der Spuk nicht weg. Bekanntlich ist Dummheit ja sehr zählebig. Wen wundert es da also, dass die AfD immer wieder Wähler findet, die nur Rassismus auf dem Programm haben und nichts Intelligentes. Für die eigene Dummheit kann man keinen zur Verantwortung ziehen. Für seine daraus resultierenden Handlungen aber schon. Es wäre gefährlich diese Typen von der AfD einfach machen zu lassen. Faschismus ist keine Ideologie sondern ein Verbrechen!



# Die Renaissance der Börsenumsatzsteuer

## alte Forderung von Attac auf der politischen Agenda geplante Steuer trifft in erster Linie aber die Falschen

Als der US-amerikanische Ökonom James Tobin diese Börsenumsatzsteuer in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts als Rettung für die argentinische Währung vorschlug, war das südamerikanische Land in großer Bedrängnis, weil

### Antispekulationssteuer

damals aufgrund der angespannten Situation im Land, Argentinien drohte zahlungsunfähig zu werden. Der Grund für diese Staatskrise war die Tatsache, dass damals Währungsspekulanten den argentinischen Peso unter großen Druck setzten, um damit viel Geld an der Börse zu verdienen. Damals gab es weltweit ca. 10000 Börsenjunkies, die auf solch eine Weise gegen Staaten spekulierten und damit sehr viel Geld verdienten. Solche Art des Tuns hatte für die Spekulanten schon damals sowie heute keine steuerlichen Folgen. Ihre auf dem internationalen Börsenparkett erbeuteten Gewinne

### Gewinne ohne Steuern

wurden nicht versteuert, weil es keine Möglichkeit gab, festzustellen in welchem Land denn nun Steuern hätten gezahlt werden müssen. Also konnten diese Spekulanten ihre Gewinne steuerfrei behalten. Die Staaten und damit ihre Bürger schauten in die finanzielle Röhre. Die argentinischen Sozialsysteme ächzten unter der dadurch entstandenen Schuldenlast.

Tobin wollte diesen Zustand für alle Länder bereinigen. Seine Idee einer nach ihm benannten Tobin-Steuer

sollte den bedrängten Staaten aus der durch Spekulanten ausgelösten Finanzlücke im Staatshaushalt heraushelfen.

Diese Finanztransaktionssteuer sollte dann im sogenannten „Stern-Report der UN weltweit eingeführt werden. Man hoffte damals, dass es mit dieser Steuer vor allen Dingen,



endlich eine maßvolle Besteuerung der Turbokapitalisten geben würde. Nicholas Stern berechnete damals, dass diese Steuer bis zu 452 Milliarden US-Dollar jährlich erbringen würde. Nach Sterns Idee sollte das Geld weltweit den sogenannten Entwicklungsländern zugute kommen, wenn auf internationalem Börsenparkett gegen sie spekuliert werden würde.

### Geld für Drittweltländer

James Tobin und Nicholas Stern wussten beide, dass den sogenannten Drittweltländern Geld zukommen müsste, da beide befürchteten, dass sich im anderen Fall große Mengen von Emigranten auf den Weg begeben und in den hochent-

wickelten Ländern Arbeit suchen würden.

In Abwandlung dessen versucht Olaf Scholz im zweiten Anlauf diese Steuer einzuführen, um mit diesem Geld in Höhe von geschätzten 1,2 Milliarden Euro die sogenannte Grundrente zu bezahlen.

Sein Modell einer Börsenumsatzsteuer ist allerdings so abgespeckt worden, dass der eigentliche Zweck verfehlt wird.

Zuerst will Scholz die europaweite Einführung der Steuer im Jahr 2021. Für die Effektivität einer solchen Steuer wäre eine europaweite Regelung selbstverständlich gut und nützlich. Schon 2012 haben einige EU-Länder für die Einführung der FTT (Finanztransaktionssteuer) gesetzliche Grundlagen geschaffen, Im Jahre 2018 scheiterte eine EU-weite Einführung wieder. Seit der Zeit verhandeln 10 EU-Staaten über die Einführung weiter. In 2019 brachten Frankreich und Deutschland das Jahr 2021 als Beginn einer Einführung der FTT. Allerdings wird nach diesen Planungen nur eine Steuer für private Kapitalanleger angedacht. Der eigentlich Sinn, nämlich die Gewinne

EU uneinig

### EU uneinig

der großen Aktienspekulanten zu besteuern ist zur Zeit nicht mehr geplant. Österreich hat schon sein Veto gegen diesen Kompromiss angekündigt, weil nur die privaten Anleger betroffen sind.

---

**Aktuelle Studien sagen, schon drei Minuten Sat-Frühstücksfernsehen über das Coronavirus töten mehr Gehirnzellen, als ein durchschnittlicher Sat 1- Frühstücksfernsehen-Zuschauer hat.**

Christine Prayon - Kabarettistin -ZDF Heute - Show

---

# Große kriminelle Energie CUM - EX Geschäfte

CUM-EX Geschäfte oder einfach ein Begriff, ganz gewöhnlicher Kriminalität. Biedermänner der Finanzindustrie haben sich dumm und dämlich verdient, indem sie sich seit mindestens 30 Jahren eine angebliche „Steuerlücke“ in der bundesrepublikanischen Steuergesetzbarkeit zu Nutze gemacht haben und das Finanzamt und damit uns alle gnadenlos betrogen haben.

Was Privatpersonen im Aktienhandel nicht dürfen, haben Institutionen wie Banken und Fonds gemacht, da das Gesetz nur für sie

## keiner wollte es wissen

gilt. Es ist schon mehr als dreist, wenn man sich vor Augen hält, wie einfach man solch einen gigantischen Betrug abziehen konnte. Mitgeholfen haben dabei Banken, Fonds, Steuerberater und Anwälte. Alles ehrenwerte Berufe!?

Dieser Betrug hat uns Bürger nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums mindestens 55 Milliarden Euro gekostet.

Auf ganz simple Art und Weise haben diese Diebe sich eine einmal an

das Finanzamt gezahlte Kapitalertragsteuer im Aktienhandel mehrfach wieder zurückzahlen lassen. Das funktionierte immer an den **mehrfach Erstattungen**

Stichtagen im Aktienhandel, wenn die Aktiengesellschaften ihre Gewinnausschüttungen pro Aktie bekanntgaben.



Wer dann an dem Tag eine Aktie dieser Firma besitzt, kann sich ganz

legal vom Finanzamt, diese 25% Kapitalertragsteuer auszahlen lassen.

Soweit so legal. Aber wie das häufig so ist: gibt es eine gesetzliche Regel, so gibt es auch Menschen, die eine Möglichkeit suchen, da in einem trüben Süsschen zu fischen

## Leerverkäufe illegal

und Geld abzugreifen.

So hat sich eine Kumpanei von Banken, Steuerberatern und Anwälten aufgetan, die dieses tatsächlich ausbaldowert haben. Niemand bei den Aufsicht führenden Finanzämtern ist diesen „weiße Kragen“ Kriminellen früh auf die Schliche gekommen.

Und so konnten sie weiter Milliarden von Steuergeldern den Finanzämtern aus der Tasche ziehen.

Erst 2012 wurde dieser Abzocke im

Aktienhandel eine gewisse Grenze gesetzt, in dem man die Methode des Leerverkaufes in diesem Fall des Handels untersagt hatte. Dort musste man zum Geldabzocken am Stichtag noch nicht einmal eine Aktie am Stichtag besitzen, es reichte, wenn man sich einfach Aktien geliehen hatte.

Seit Mitte letzten Jahres gibt es Ermittlungen in diesen Fällen. Unter anderem ermittelt die Bonner Staatsanwältin Anne Brorhilker laut

## 400 Beschuldigte

Süddeutscher Zeitung vom 2. Januar 2020 wegen Betruges gegen z. Zeit 400 Beschuldigte. Die Richter der 12. Strafkammer des Landgerichts Bonn äußerten sich schon vorab, dass diese „Geschäfte“ strafbar wären. In diesem Fall geht es um 400 Millionen Euro.

Die Staatsanwaltschaft hat Fährte aufgenommen. Weitere Beschuldigte müssen damit rechnen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden. Neben dem Landgericht Bonn hatte im November 2019 das Finanzgericht Köln bereits die Unrechtmäßigkeit von Cum - Ex Geschäften bestätigt.

## Aus 2 mach 8 Moderne Sklavenhaltung

Eine normale 45 Quadratmeterwohnung in einer mittleren Wohnlage kostet heute ca 350,- kalt im Durchschnitt. Nun soll es ja Fälle geben, in denen Arbeitskräfte aus dem östlichen Europa in Deutschland arbeiten und das in Jobs, die den Namen Job aufgrund des Niedrigstlohnes kaum verdienen. Und nun suchen di-

ese modernen Sklaven Wohnungen und treffen dann „zufälligerweise“ auf Wohnungsinhaber, die auch eine passende Wohnung freigezogen haben. Das heißt, die regulären Mieter haben sie herauskomplimentiert, in dem sie deren Wohnungen saniert haben und dann die Mieten haben explodieren lassen. Keine

Frage, dass dann die alten Mieter ausgezogen sind. Und jetzt kommen die Billigstlöhner ins Spiel. Während vorher 2 Personen in der 45 QM-Wohnung lebten, sind dort jetzt 8 Personen untergebracht. Und so werden aus 350,- Euro monatlich plötzlich acht mal 250 Euro. Noch Fragen?



# Woher nehmen und nicht stehlen?

**Es reicht nicht, kommunalen und sozialen Wohnungsbau zu fordern!  
Man muss auch dafür die Voraussetzungen schaffen!**

Die Realität ist viel schlimmer als sie vielen Menschen bewusst ist. Nicht in den Dörfern des Münsterlandes, aber in den Groß- und Mittelstädten der Region und natürlich in den Ballungsräumen Deutschlands ist alltäglich: die Suche nach preiswerten Wohnungen ist ein Lotteriespiel mit vielen Nieten. In einer Zeit, in der Minijobs und Leiharbeit für ein Viertel der Bundesbürger Realität ist, finden nicht nur prekär Beschäftigte, sondern immer mehr auch Bürger, die der sogenannten

Mittelschicht angehören, keinen bezahlbaren Wohnraum. Nachdem man jahrelang das Problem nicht auf dem Schirm hatte, stellt sich jetzt das Problem um so dringender. Wohnungsnot plus geringe Einkommen sind eine Gemengelage, die für unsere Demokratie einen sozialen Sprengsatz bedeuten und eine große Zahl von Menschen in die Arme der rechten Bauerfänger treiben. Bisher gibt es kaum vernünftige Ansätze für Lösungen, die das Grundrecht eines Menschen auf eine bezahlbare

Wohnung garantieren. Die Gründe dafür sind Legion. Ob fehlendes Bauland in den Gemeinden, Niedrigzinsen für Kredite, Überschuldungen der Gemeinden etc.. Diese und noch andere Gründe sind häufig die Ursachen. Dabei konzentrieren sich die Gedanken zu oft nur auf den sozialen Wohnungsbau und verlieren dabei aus den Augen, dass es auch noch daniederliegenden kommunalen Wohnungsbau, der belebt werden muss, denn da liegen auch noch Möglichkeiten, wie man preiswerten Wohnungsbau durch zum Beispiel die Entschuldung öffentlicher Haushalte von Städten und Gemeinden aktiv fördern sollte. Die Gruppe Attac-COE wird sich im ersten Halbjahr 2020 mit dem Thema beschäftigen und einen Maßnahmenkatalog dazu erstellen.

# Muss man hirntot sein, um die AfD zu wählen?

Das war eiskalt geplant. Von Politikern, die weit entfernt sind vom Liberalismus oder vom Konservatismus.

Erinnern wir uns: da gibt es in Thüringen eine faschistische Partei, die besser NSAfD (Nationalsozialistische Alternative für Deppen) heißen müsste.

Und da gibt es eine FDP, die demokratische Defizite aufweist. Zumindest in Thüringen. Da

hilft es auch nichts, wenn man den Menschen dort zubilligt, dass sie seit 1933 nicht mehr in einer Demokratie gelebt haben und möglicherweise nicht gelernt hätten, wie man mit Nazis oder anderen rechtsradikalen Vollposten umgeht. Irgendwann ist Schluss mit lustig. Keinen mm für Nazis oder anderes rechtsradikales Pack. Unsere demokratische Geduld ist beendet. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung kann man erwarten, dass Menschen Demokratie hätten lernen können.

Angesichts des gerade vergangenen 75 jährigen Gedenkens an die Befreiung des Konzentrationslagers



Auschwitz ist ein Verhalten wie in Thüringen ein Faustschlag ins Gesicht der Opfer von Rassenwahn und Faschismus.

Es ist aber zu befürchten, dass solche Typen wie Lindner, seines Zeichens Vorsitzender der FDP und des Liberalismus deutscher Prägung, dieses als eine Art Testballon der Toleranz gegenüber Rechtsradikalen betrachtet.

Seine übersteigerten Ansprüche, irgendwo eine Regierungsbeteiligung zu ergattern, führt ihn über die Lei-

che der Demokratie in Richtung auf die Deppenpartei von rechts. Lieber mit Faschisten regieren, als gar keine Regierungsbeteiligung!?

Auch die CDU hat bewiesen, dass sie um der Regierungsbeteiligung Willen über die Leiche unserer Demokratie geht.

75 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus haben viele offensichtlich vergessen, welches Leid rechtsradikales und rassistisches Gedankengut zwischen 1933 und 1945 über die Welt gebracht hat.

Alle Bekenntnisse am Auschwitzgedenktag nur Lippenbekenntnisse. Und warum ist so ein Faschist wie AfD Spitzenkandidat Höcke immer noch beamteter Lehrer. Ein Staat muss sich gegen seine Totengräber wehren.

---

Impressum:  
ViSdP Joachim F. Gogoll  
Herausgeber Oton für  
Attac-COE.  
Büro: Detmolder Straße 9  
45896 Gelsenkirchen  
www.attac-coe.de  
Mail: jfgogoll(at)aol.com  
Mobil: 0175-9505101

---